

n-Württemberg

Wie bereits in FM-KOMPAKT 11/91 berichtet, änderte das Stadt-Radio Heilbronn am 4.11.91 sein Sendeschema. Danach kommen eigene Programme aus Heilbronn nur noch in der Zeit von 07.00-10.00; 12.00-13.00 und 15.00 bis 17.00 Uhr. Die restliche Sendezeit wird von Stuttgart aus produziert. Für Heilbronn moderiert zu den o.g. Zeiten nur noch Markus Billik. Alle anderen Moderatoren, die seither in Heilbronn Px machten, sind nun in Stuttgart aktiv (der Großteil wurde allerdings entlassen!). Man hat aber nicht nur die Sendezeiten umgestellt, sondern auch das Programmformat. So wird ab 4.11. nur noch deutsche Schlagermusik und Softies gespielt! Man bringt seither ca. 80 % deutsche Schulzenmusik. Vor der Umstellung brachte Stadt-Radio Heilbronn (ebenso wie die Stadt-Radios in Stuttgart, Karlsruhe und Reutlingen) Sendungen für 14-34 jährige !! Nachdem aber praktisch alle Privatsender im Großraum Stuttgart/Heilbronn vor allem die jüngeren Hörer ansprechen möchten ist diese Alternative für die "Älteren" sicher begrüßenswert.

T.K.U.

Am 24.10.91 gab es bei SWF 3 wieder einmal einen Höreritag. Man konnte ganztägig unter der bekannten 07221-2011 anrufen und seine Meinung zum Px. sagen. Für die Moderation u. die Musikauswahl gab es fast nur positive Noten, allerdings sollte es -lt.den Hörern- noch mehr Wunschsendungen geben. Besonders gut kommen auch die Magazinsendungen "Litfaßwelle" und "Extra Drei" sowie die 4 x am Tag laufende "SWF 3 KOMPAKT" -Sendung an (=5 minütige Infosendung mit O-Tönen). Nicht so gut weg kamen die Sportsendungen am Wochenende. Auffällig war die starke Hörereteiligung aus Nordrhein-Westfalen. Vor allem im Großraum Köln scheint man sehr beliebt zu sein.

Torsten Lanyi / Leingarten

Personalien: Jochen Kneifeld (ex R. T.O.N.) wechselte zu RPR nach Ludwigshafen.

Karin Graf heißt eine neue Moderatorin von Radio T.O.N. Sie moderiert hauptsächlich die Vormittagssendung "T.O.N. Journal" (werktags 09.00-12.00 Uhr)

Torsten Lanyi / Leingarten

Radio Badenia strahlt nun kein eigenes Nachtpx. mehr aus, sondern übernimmt dieses von Radio Regenbogen. Von R.Regenbogen übernimmt man nun auch stündlich die Nachrichten.

Jörn Krieger / Öhringen

Neuigkeiten bei Radio 7: Jeden Mittwoch zwischen 19.00 und 20.00 Uhr gibts eine Sendung zur Partnervermittlung.

Jörn Krieger / Öhringen

Programmänderungen bei R.Regional: Die Sendung "Hit Liga", die bisher donnerstags zwischen 20.00 und 22.00 Uhr ausgestrahlt wurde, läuft nun samstags von 13.00 Uhr - 15.00 Uhr. Die Hitparade, die bisher an diesem Sendeplatz ausgestrahlt wurde, läuft nun einen Tag früher am Freitag zwischen 14.00 und 16.00 Uhr.

Jörn Krieger / Öhringen



ASTRA INFORMATION unten dank
Walter Schiefele / Diedorf

ASTRA INFORMATION

31. Oktober 1991

SWF 3 RADIO AUF ASTRA 1A

Die Société Européenne des Satellites teilt mit, daß die öffentlich-rechtliche Landesrundfunkanstalt Südwestfunk ihr drittes Radioprogramm SWF 3 ab dem 1. November 1991 europaweit über den ASTRA-1A Satelliten ausstrahlt.

Das Programm ist über die Tonuntertr ger 7.74 und 7.92 MHz von Transponder Nr. 2 (RTL plus) zu empfangen.

SWF 3 versteht sich als Rock-, Pop- und Service-Welle und ist heute einer von Deutschlands populärsten H rfunkprogrammen. Nach der Media-Analyse '91 nimmt SWF 3 bei Hörern zwischen 14 und 39 Jahren die Spitzenstellung unter allen bundesdeutschen Radioprogrammen ein.

Neben den beiden öffentlich-rechtlichen Radioprogrammen Deutsche Welle und Deutschlandfunk setzt nun auch SWF 3 auf das ASTRA-Satellitensystem, um eine erhöhte Reichweite in Deutschland und Europa zu erreichen.

Mit seiner Ausstrahlung über das ASTRA-Satellitensystem wird SWF 3 auf einen Schlag für die 1,7 Millionen deutschsprachigen Haushalte in der Bundesrepublik, in der Schweiz und in Österreich empfangbar, die heute bereits mit einer Individual- oder Gemeinschaftsempfangsanlage für ASTRA ausgerüstet sind. Europaweit können bereits mehr als 5 Millionen Haushalte eins oder mehrere der über ASTRA abgestrahlten Fernseh- und Radioprogramme direkt empfangen.

MO Radio Regenbogen

- rund um die Uhr

„Bei uns funk's bunt“, verspricht Radio Regenbogen. Ein Erfolgsrezept, denn der Privatsender auf UKW 102,8 in Nordbaden, Südhessen und der Pfalz viele Hörer erobert. Geschäftsführer Klaus Schunk setzt auf Aktualität („Bei uns kommen Ereignisse ins Programm, wenn sie passieren“)

und musikalisch auf Oldies. Aber auch bei deutschen Schlagern haben die Regenbogen-Funker „keine Berührungsängste“. Hörer-Hits sind die Wochenend-Sendungen „Lifestyle“ mit Sabine Peters (Sa., 15.00) und der „Kaffeeklatsch“ aus der Showzone mit Andreas Ksjonsek (So., 15.00) sowie Live- bertragungen der sommerlichen „Beach-Partys“ und der „Regenbogen-Galas“.

H R 20 45/91

Artikel oben via Torsten Lanyi / Leingarten

S 4 Info aus SDR Magazin 11/91:

Fünf Watt für Bad Mergentheim

S4 Baden-Württemberg/Frankenradio Heilbronn ist seit dem 1. Oktober in Bad Mergentheim über die UKW-Frequenz 100,5 MHz zu empfangen. Auch wenn die Senderst rke nur 5 Watt beträgt, war es dadurch doch möglich, endlich das tief im Taubertal liegende Stadtgebiet von Bad Mergentheim zu versorgen. Dennoch handelt es sich lediglich um eine Zwischenlösung, denn der SDR legt nach wie vor Wert auf die noch zu vergebende regionale Frequenz, durch die erst die Versorgung des Main-Tauber-Kreises sichergestellt werden kann.

Im Moment können sich jedoch die Bad Mergentheimer darüber freuen, daß auch sie die beliebte Musik von S4 und darüberhinaus Informationen aus und über ihre Stadt hören können, bis hin zu den morgendlichen Wetterdaten.

Verordnete Fusion?

Wenn der Staat den Markt macht / Von Bärbel Krauß

Am Ende des Regenbogens liegt der Schatz, heißt es im Märchen. Aber das wird wohl kaum der Grund dafür sein, daß der Mannheimer Privatsender „Radio Regenbogen“ fast unangefochten als wirtschaftlich erfolgreichster unter den 44 baden-württembergischen Privatradios gilt. „Die schreiben schwarze Zahlen“, wird alenthalben gemunkelt. Das klingt in der Branche, deren Vertreter fast ausnahmslos über dramatische Anlaufverluste klagen, die sich von einem Sendejahr zum nächsten erheblich vermehren, fast wie ein Zauberwort. Hört man Klaus Schunk, Geschäftsführer des Mannheimer Senders, dann hat der wirtschaftliche Erfolg seiner Radiostation mit Magie und Märchen allerdings gar nichts zu tun. Nach seinen Angaben schreibt Radio Regenbogen, das seit März 1988 auf Sendung ist, seit zwei Jahren schwarze Zahlen. „Es kommt in allererster Linie darauf an, die Gunst der Hörer zu gewinnen“, meint er. „Wir haben unser Potential am Hörer- und am Werbemarkt von Anfang an gut ausgenutzt.“ Schunk zögert aber nicht, hinzuzufügen, daß ihn die Entwicklung der Überschüsse bisher nicht zufriedenstellt. Trotzdem will er 1992 die Anlaufverluste getilgt haben.

Von Karlsruhe bis Worms

Radio Regenbogen, mit einer der stärksten Frequenzen in Baden-Württemberg ausgestattet, sendet von Karlsruhe bis Worms und von Bad Dürkheim bis Eberbach. Sein Programm kann von mehr als 1,8 Millionen Hörern empfangen werden. Bei 22 konkurrierenden Radiosendern, so Schunk, erreiche der Mannheimer Sender täglich 342 000 Hörer. „Wir haben einen Marktanteil von 30 Prozent und sind vor dem ersten Programm des Südwestfunks in unserer Region die Nummer eins“, erklärt er. Falls es überhaupt eine Erfolgsformel gibt, dann liegt sie nach Ansicht von Klaus Schunk in einer Mischung aus Programm und Eigenwerbung: „50 Prozent unseres Erfolges liegen in der Programmleistung; die andere Hälfte steuern Marketing und Außenwirkung bei.“ Er gebe von allen Privatsendern am meisten aus für das Programm, behauptet er. Für Marketing und Außenwerbung greife er ebenfalls tief in die Tasche; pro Hörer und Jahr investiere er 60 Pfennig.

Es ist ein offenes Geheimnis, daß die meisten Privatsender in Baden-Württemberg tief in den roten Zahlen stecken. Allerdings nennt kein Veranstalter die Höhe seiner Verluste. Schätzungen zufolge konnten die Privatradios im vergangenen Jahr 40 Millionen Mark an Werbeeinnahmen auf ihren Konten verbuchen. Auf der Ausgabenseite standen dem 140 Millionen Mark gegenüber. Gesicherte Daten liegen nicht vor. Siegfried Dannwolf, stellvertretender Geschäftsführer der Landesanstalt für Kommunikation, meint denn auch, die wirtschaftliche Situation der jeweils 22 Lokal- und Regionalsender im Land zu beschreiben, bedeute „mit der Stange im Nebel zu stochern“. Der Mannheimer Professor Manfred G. Lieb hat im Juni 1990 Fragebogen verschickt, die von 39 privaten Rundfunkveranstaltern beantwortet wurden. Seine Auswertung ergibt, daß die Betreiber der Stationen ihre wirtschaftliche Situation als „schlecht“ einstufen, daß sie aber gleichwohl erwarten, mittelfristig ihre Stellung im Werbemarkt zu verbessern und die Durchschnittsverluste zu senken (nicht alle Betreiber machten Angaben zu ihren Einnahme-Erwartungen für die nächsten Jahre).

Verluste über Verluste

So gaben die Regionalsender an, 1989 etwa 23,2 Millionen Mark eingenommen und Verluste in Höhe von 12,4 Millionen Mark erwirtschaftet zu haben. Für das kommende Jahr erwarten die Regionalsender eine Steigerung der Einnahmen auf 27,8 Millionen und eine Minderung der Verluste auf 3,2 Millionen Mark. Die Lokalsender haben nach der Erhebung 1989 Werbeeinnahmen in Höhe von 6,4 Millionen Mark erzielt und mit Verlusten von 4,7 Millionen Mark abgeschlossen. 1992 wollen sie gleichbleibende Einnahmen und einen Abbau der Verluste auf 2 Millionen Mark erwirtschaften. Deren Perspektive hält Manfred Lieb denn auch für problematischer als die der Regionalsender. Sie würden, so das Gutachten, ihre Verluste durch lokale und regionale Werbung nicht ausgleichen können. Der Mannheimer Professor geht davon aus, daß es 1,5 bis 2 Millionen Mark jährlich kostet, einen Lokalsender zu be-

treiben; bei Regionalsendern veranschlagt er 5 bis 6 Millionen Mark Aufwand. Eine Kostenanalyse des Baseler Prognos-Institut, kommt indes zu anderen Ergebnissen. Dort liegen die Betriebskosten bei Lokalsendern mit einem fünfständigen Tagesprogramm bei 1,1 bis 1,6 Millionen Mark und bei Regionalsendern bei 4 bis 7 Millionen Mark für ein Vollprogramm.

Prognos-Professor Klaus Schrape prognostiziert, daß sich der Anteil der Privatsender am Hörfunk-Werbekuchen von 1990 bis 1995 auf 50 Prozent verdoppeln wird. Bis zum Jahr 2000 sei allerdings nicht mit einer weiteren Ausdehnung des Marktanteils zu rechnen. Seiner Ansicht nach sind sechs Regional- und 15 Lokalsender in Baden-Württemberg aus Werbeeinnahmen finanzierbar. „Die Regionalsender werden erhebliche Schwierigkeiten haben, sich ausschließlich aus nationaler Werbung zu finanzieren“, sagte Schrape bei einem Vortrag in Stuttgart; sein Gutachten ist bisher nicht veröffentlicht. Bei einer Reichweite von 3 bis 4 Millionen Personen könnte die nationale Werbung, so seine Rechnung, etwa 30 bis 60 Prozent der Kosten eines Regionalsenders abdecken. Seit die Landesregierung vor wenigen Wochen ihren Entwurf zur Novellierung des Landesmediengesetzes vorgelegt hat, schlagen die Wogen bei den privaten Rundfunkveranstaltern höher. In Anlehnung an das Prognos-Gutachten geht man davon aus, daß nur vier bis sechs Regional- und zwölf bis 15 Lokalsender auf Dauer überlebensfähig sein werden.

Zwischen Lokal- und Regionalsendern zeichnet sich eine Konfrontation ab. Der Gesetzentwurf sieht vor, die Lokalsender durch eine privilegierte Stellung bei der lokalen und regionalen Werbung zu stärken. Lokale Werbung soll künftig ganz oder überwiegend den Lokal-Funkstationen reserviert werden in der Annahme, daß die größeren regionalen Sender sich an der nationalen Werbung schadlos halten könnten. Die regionalen Sender halten dem entgegen, daß eine solche Aufsplitterung des Werbe-Marktes von ganz falschen Voraussetzungen ausgehe.

Lasten ungleich verteilt

Denn die lokalen Anstalten hätten durch Zusammenschluß oder durch den Kauf eines überregionalen Mantelprogramms die Möglichkeit, auch an den nationalen Werbemarkt heranzukommen. Dies sei Regionalsendern weithin nur möglich, wenn sie sich ebenfalls zusammenschlossen. Die künstliche Aufsplitterung des Werbemarktes würde also den Zugang einseitig zu Lasten der regionalen Sender einschränken.

Volker Diesbach, Sprecher der Vereinigung Lokalfunk (VL), meint, „unter der Prämisse des Entwurfs besteht für die überwiegenden Sender eine Überlebenschance“. Komme die Gesetzesänderung nicht, müßten einige Radiostationen dicht-

machen. Konrad Theiss, Vorsitzender der Vereinigung Südwestdeutscher Rundfunkanbieter, ist entgegengesetzter Ansicht. „Dieses Gesetz würde für fast alle Regionalsender das Aus bedeuten“, meint er. Sie könnten sich nicht ausschließlich aus nationaler Werbung finanzieren. „Das lokalregionale Werbegeschäft floriert“, ergänzt er, „aber die nationalen Werbeeinnahmen reichen bei weitem nicht aus, die Kosten zur Produktion eines Mantelprogramms zu decken.“ Dagegen gebe er fast allen Anbietern – außer den Stadtsendern, die eine zu geringe Reichweite hätten – eine Überlebenschance, „sofern bessere Kooperationsmöglichkeiten geschaffen werden und nur noch an 3 bis 4 Stellen im Land der Aufwand für ein Mantelprogramm betrieben wird“. Er gehe davon aus, so Theiss, daß kein Sender im Land kostendeckend arbeite. Bleibt es aber bei den bisher geltenden Bedingungen, glaubt Theiss, daß nur wenige Privatsender überleben werden.

Auch Siegfried Dannwolf, stellvertretender Vorsitzender der Landesanstalt für Kommunikation (LfK), betont, daß „viele Sender unter den jetzt herrschenden Gegebenheiten ihre Defizite nicht überbrücken können“. Allerdings gebe es einige, die von sich sagen, auf dem besten Wege zu sein, schwarze Zahlen zu schreiben. Er könne sich vorstellen, daß die Zahl der ökonomisch lebensfähigen Sender, die der Geset-

zentwurf der Landesregierung nenne, „sogar noch etwas reduziert werden muß“. Probleme haben seiner Ansicht nach vor allem Sender mit schwachen Frequenzen. Etwa sechs Privatradios hätten in den vergangenen Jahren aus Kostengründen ihren Eigenprogrammanteil reduziert. Viel wäre gewonnen, so Dannwolf, „wenn die privaten Veranstalter erkennen würden, daß sie in einem Boot sitzen und nur gemeinsam ihre Werbeeinnahmen optimieren können“.

Klaus Schrape von Radio Regenbogen ficht die Gesetzesnovelle nicht an. Zwar sagt auch er, sein Mannheimer Rundfunkprogramm müßte eingestellt werden, sofern der Entwurf in der jetzigen Form umgesetzt würde. Dennoch hat er sich unverdrossen der nächsten Hürde gestellt und die Geschäftsführung des stark defizitären Freiburger „Schwarzwald-Radio“ übernommen. „Kostendämpfung“ heißt Schunks Devise. Mit der Hälfte der bisher 48 Mitarbeiter will er künftig kein Vollprogramm mehr ausstrahlen, sondern ein lokales „Fenster“ von 10 bis 12 Stunden produzieren. „Das Mantelprogramm erstellen wir dann gemeinsam“, erklärte er. In 15 Monaten will er die Verlustzone hinter sich gelassen haben. Mit dieser Absichtserklärung fühlen sich die Skeptiker in der Branche aber doch eher an das Märchen vom Regenbogen erinnert.

Artikel aus Stuttgarter Zeitung vom 19.10.91 Danke hierfür an Jörg Wengert/Stuttgart u. Torsten Lanyi/Leingarten. An dieser Stelle möchte ich mich bei Torsten Lanyi für die Briefmarkenspende bedanken. Vielen Dank !!!

Baden-Württemberg

Artikel unten aus Stgt.Zeitung vom 28.10.91 via Jörg Wengert/Stuttgart

Oettinger: Mediengesetz geht durch

CDU-Fraktionschef wirft SPD mangelnde Kooperation vor

STUTTGART (lsw). Der Vorsitzende der CDU-Mehrheitsfraktion im baden-württembergischen Landtag, Günther Oettinger, hat weitgehende Kompromißbereitschaft seiner Partei bei der gesetzlichen Neuordnung der Rundfunklandschaft signalisiert. „Wir verbiegen uns als Mehrheitsfraktion sehr stark, um Konsens mit allen Beteiligten herbeizuführen“, erklärte Oettinger in einem Interview des Süddeutschen Rundfunks (SDR). Der von der Landesregierung vorgelegte Gesetzentwurf sei zwar „idealtypisch richtig“, aber es gebe für ihn, Oettinger, bei dessen Beratung auch „kein Dogma“.

Zur umstrittenen Begrenzung der Anbieterzahlen, gegen die vor allem die Betreiber der Regionalsender Einspruch erhoben haben, sagte der CDU-Fraktionschef: „Wir müssen beraten, ob wir die starre Form von vier bis sechs Regionalsendern erhalten oder ob wir nur definieren, was Bereiche und was die Mindesthörerzahl sein sollen. Daraus ergibt sich dann automatisch die Höchstgrenze der zu vergebenden Sende-frequenzen.“ Auch hinsichtlich des im

Entwurf festgeschriebenen lokalen Werbeverbots für die privaten Regionalsender signalisierte Oettinger Entgegenkommen: „Bei uns wird überlegt, ob wir die Regionalsender wieder etwas in den lokalen Werbemarkt zurückbringen.“

An die Adresse der beiden öffentlich-rechtlichen Sender SDR und Südwestfunk (SWF) gewandt, erklärte der CDU-Politiker: „Vermutlich werden wir einen Kompromiß finden, der es nicht auf alle Ewigkeit unmöglich macht, daß dort, wo privat nichts wächst, die Öffentlich-Rechtlichen mit regionalen Programmen hineingehen.“ Die weitere Beratung des Landesmediengesetzes werde, so Oettinger, wohl noch etwa vier Wochen in Anspruch nehmen, doch werde das Gesetz, wie geplant, am 1. Januar 1992 in Kraft treten können.

Ausdrücklich dankte der CDU-Fraktionsvorsitzende der FDP und der Fraktion der Grünen für ihre Bereitschaft zur Kooperation, zeigte sich aber „enttäuscht“ darüber, „daß die SPD diese Kooperation mißbraucht“.

Die beiden Bad.-Württembergischen Priv.sender T.O.N. u. Regenbogen sind auch im benachbarten Südhessen gut zu empfangen. Beide Sender tragen dieser Tatsache durch umfangreiche regionale Berichterstattung u. Verkehrsmeldungen Rechnungen. In der letzten Oktoberwoche meldeten sich hessische Einzelhandelsgeschäfte per Werbung zu Wort und luden zum Einkauf am Allerheiligen ein. Anscheinend muß das "ein ganz besonderes Erlebnis" sein. Die schlichte Tatsache, daß der 1.11. in Hessen Arbeitstag ist, wurde natürlich nicht erwähnt. Torsten Lanyi

Artikel unten aus der Süddeutschen Zeitung vom 2.11.91 via Torsten Lanyi / Leingarten:

Kompromiß über Mediengesetz in Sicht

CDU-Fraktion und Minister sind gesprächsbereit – Drei Paragraphen als Verhandlungsmasse

STUTTGART. Daß im Landtag in der vergangenen Woche eine Beratung des Ständigen Ausschusses über die Novelle zum Landesmediengesetz kurzfristig vertagt wurde, war für den SPD-Fraktionsvorsitzenden Dieter Spöri Anlaß zu dem Vorwurf, die CDU sei in der Medienpolitik „nicht handlungsfähig“ und lasse die Rundfunkveranstalter „in einer unzumutbaren Ungewißheit hängen“. Grund der Terminverschiebung war nach Darstellung der CDU allerdings die Absicht, innerhalb der eigenen Reihen und bei den anderen Fraktionen Möglichkeiten auszuloten, um die Novelle in wichtigen Punkten zu verändern, was durchaus im Interesse der öffentlich-rechtlichen wie privaten Rundfunkveranstalter sein könne. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Günther Oettinger hat die Bereitschaft signalisiert, sich sehr stark „zu verbiegen“, um mit allen Beteiligten zu einem tragbaren Konsens zu kommen. Auch Wissenschaftsminister Klaus von Trotha ist in gewissem Umfang zum Einlenken bereit.

Falls es gelingt, innerhalb der CDU wie auch bei FDP und Grünen – die SPD ist nach Einschätzung der CDU zur Zeit nicht verhandlungsbereit – eine Mehrheit dafür zu finden, könnte das Gesetz in der abschließenden Lesung zumindest in drei wichtigen Punkten geändert werden. Es handelt sich dabei um die Paragraphen 7, 17 und 30, um die vor und während der ersten Beratung heftig gestritten worden ist:

Paragraph 7 betrifft ausschließlich die öffentlich-rechtlichen Anstalten Süddeutscher Rundfunk (SDR) und Südwestfunk (SWF), die hartnäckig darauf beharren, daß für sie auch der Betrieb von Regionalsendern zur „Grundversorgung“ gehört. Nach der vorliegenden Formulierung der Gesetzesnovelle ist „die Grundversorgung der Bevölkerung mit Programmen der Landesrundfunkveranstaltungen im Hörfunk und Fernsehen, die für ihr gesamtes Sendegebiet im Land verbreitet werden“, sicherzustellen. SDR und SWF möchten nun, daß der zweite, einschränkende Teil dieser Bestimmung gestrichen wird. Die CDU wäre unter Umständen bereit, in die-

sem Punkt einzulenken; als Argumentationshilfe könnte ihr eine im selben Paragraphen zu findende Formulierung dienen, wonach „die Landesrundfunkanstalten auch außerhalb der Grundversorgung an der weiteren Entwicklung in sendetechnischer und programmlicher Hinsicht teilnehmen können“. Minister von Trotha ist bereit, den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten die Möglichkeit einer Programmausstrahlung im Regionalbereich überall dort eröffnen, „wo ein privates Angebot nicht vorhanden ist“.

Paragraph 17 nennt als grundsätzliche Neuerung die Zahl der für die Zukunft anzustrebenden privaten Hörfunksender. Nach bisheriger Fassung des Gesetzentwurfs soll es „etwa vier bis sechs“ Regionalprogramme und „etwa zehn bis 15“ Lokalprogramme geben. Im Hinblick auf künftige Entwicklungen – vor allem auf den durch Paragraph 85 ermöglichten freiwilligen Zusammenschluß zu einem landesweiten Hörfunkprogramm – sollte auf eine derartige Einschränkung besser verzichtet werden. Soweit eine Abgrenzung nach unten für notwendig erachtet wird, ist diese im übrigen bereits dadurch festgelegt, als für die Planung der Verbreitungsgebiete „in der Regel“ von mindestens 300 000 Einwohnern für lokale und von mindestens 1,5 Millionen Einwohnern für regionale Hörfunkveranstaltungen ausgegangen wird. Die Überlegungen der CDU-Medienspolitiker zielen nun darauf ab, daß im Gesetz entweder lediglich Höchstwerte (beispielsweise „bis zu 15“ Lokalsender beziehungsweise „bis zu sieben“ Regional-sender) angegeben oder auf Zahlen überhaupt verzichtet wird. Damit wäre den Entwicklungsmöglichkeiten und -absichten vor allem der regionalen Privatunternehmer Rechnung getragen. Von Trotha hat sich dafür ausgesprochen, daß auf jeden Fall an einer Höchstzahlbegrenzung festgehalten wird.

Paragraph 30 regelt die Abgrenzung der Werbung zwischen regionalen und lokalen Sendern. Nach bisheriger Fassung der Novelle dürfte Werbung „nur im gesamten Verbreitungsgebiet eines regionalen Rund-

funkprogramms verbreitet werden“, nicht allerdings, „soweit in dem Verbreitungsgebiet kein lokaler Rundfunkveranstalter zugelassen ist und ein Rundfunkprogramm verbreitet“. Dieser Regelung kommt nach Darstellung des zuständigen Wissenschaftsministers Klaus von Trotha die Funktion eines „Schutzinstruments“ für die Lokalsender zu, sie wird von den regionalen Veranstaltern aber als unzumutbare Beschränkung ihrer Werbemöglichkeiten bekämpft. Die SPD, aber auch ein Teil der CDU, macht sich deshalb für eine ersatzlose Streichung dieses Paragraphen stark, während von Trotha im Grundsatz darauf beharrt. Auf der Suche nach einem Kompromiß sind einige Medienpolitiker nun auf die Möglichkeit gestoßen, eine zeitliche Begrenzung dieser Werbebeschränkung für Regionalsender einzuführen. Diese Lösung könnte so aussehen, daß Regionalsendern lokale Werbung dort, wo eine Auseinanderschaltung möglich ist, für einen festzulegenden Zeitrahmen – beispielsweise für zehn oder 15 Minuten am Tag – gestattet wird. Minister von Trotha spricht bisher lediglich von der möglichen Zulassung einer „zeitweisen“ Ausstrahlung der Werbung von Regionalsendern in „lokalen Fenstern“; eine solche Lösung wäre seiner Ansicht nach allerdings nur vertretbar, wenn trotzdem die Wirtschaftlichkeit der Lokalanbieter gesichert sei.

Die Verhandlungen über diese Modelle, die mit Gesprächspartnern innerhalb und außerhalb des Landtags geführt werden, sind noch im Gange. Die CDU ist entschlossen, sich von der SPD nicht provozieren zu lassen und fühlt sich auch keineswegs unter Zeitdruck. Sie will zunächst in den eigenen Reihen eine einheitliche Linie herbeiführen, was bei der für kommende Woche angesetzte Klausurtagung in Mannheim geschehen soll. Noch im November soll die verschobene Sitzung des Ständigen Ausschusses stattfinden, so daß das Landesmediengesetz planmäßig in der Plenarsitzung am 11. oder 12. Dezember in zweiter und dritter Lesung beraten und verabschiedet würde und, wie geplant, am 1. Januar 1992 in Kraft treten könnte.

Novelle zum Landesmediengesetz

Heilbronner Stimme

Privatradios kündigen Klagen an

16.11.91 Von Gerhard Viel

STUTT GART (HSt): Ein Normenkontrollverfahren oder auch Verfassungsklagen einzelner Privatradiosender kündigte gestern in Stuttgart der Vorsitzende der Vereinigung Südwestdeutscher Rundfunkanbieter, Konrad A. Theiss, an, falls der ständige Ausschuß nicht doch noch „Reparaturen“ an der Neufassung des Landesmediengesetzes vornimmt.

Theiss sagte weiter, die CDU-Mehrheitsfraktion habe sich Anfang des Monats auf ihrer Klausurtagung in Mannheim um einen Kompromiß bemüht und ein Umdenken gezeigt, doch reiche dies nicht aus. Unter dem Druck der Landtagswahl im Frühjahr 1992 habe man einen innerparteilichen Kompromiß zwischen Sachargumenten einerseits und einer „überstarrten, von Sachargumenten ungetriebenen Position“ des federführenden Wissenschaftsministeriums ausgehandelt, mit dem sich die privaten Rundfunkanbieter nicht zufriedengeben könnten. Knackpunkt ist nach Theiss' Worten die

● Werbezeitbeschränkung im lokalen Bereich auf 12 Minuten. Sie sei genauso systemwidrig und ordnungspolitisch unzulässig wie das ursprünglich vorgesehene Werbeverbot und bringe den Regionalsendern, die sich zu über 70 Prozent aus den lokalen Werbeerlösen finanzierten, unmittelbare wirtschaftliche Verluste bis hin zur Existenzgefährdung. Theiss wandte sich auch gegen die These, daß

sich die Lokalsender in einer schwächeren Situation befänden. Zwar habe das Lokalradio in Crailsheim nie begonnen und das in Schwäbisch Hall wieder aufhören müssen, doch gebe es heute schon Lokalsender, die wirtschaftlich deutlich günstiger dastehen als Regionalsender.

Theiss erinnerte auch an das Versprechen des früheren Ministerpräsidenten Späth, bei der Novelle die Zustimmung der betroffenen Rundfunkanbieter zu sichern und nannte es einen „Skandal“, daß nach Vorliegen eines Referentenentwurfs keine Sachgespräche des Wissenschaftsministeriums mit den Betroffenen geführt worden seien. Mit „größter Empörung erfülle“ ihn auch, daß das Werbeverbot zunächst gar nicht im Entwurf festgeschrieben worden sei, obwohl es nach Auskunft des Ministeriums schon damals beabsichtigt gewesen sei.

Theiss plädiert nun dafür, dem ● Bestandsschutz für die Sendeunternehmen Vorrang einzuräumen. Hier müsse jede Abweichung durch die Landesanstalt für Kommunikation für den betroffenen Sender durch eine Klage beim Verwaltungsgericht überprüfbar sein. Auch habe das inzwischen vorgelegte Prognos-Gutachten gezeigt, daß die in der Gesetzesnovelle angenommenen Hörfunk-Werbeerlöse gar nicht bestätigt werden könnten. Voll auf der Linie des Verbandes liegt auch der Vorstand der Landesanstalt für Kommunikation, der dazu auffordert, auf eine Festschreibung der Senderzahlen im Gesetz auf bis zu sechs Bereichs- und 15 Lokalsender statt

der bisher je 22 Sender zu verzichten.

Nach Aussage von Theiss wird im Gesetz auch nicht eindeutig formuliert, ob sechs Bereichssender als Wirtschaftsunternehmen oder sechs Bereichsprogramme geplant seien. Die Vereinigung der Rundfunkanbieter mit seinen 20 Mitgliedern befürwortet ausdrücklich das dezentrale Privatfunkmodell Baden-Württembergs und lehnt das Landessendermodell ab. Akzeptieren könne man nach Theiss' Meinung trotz großer Bedenken eine Höchstzahlfestlegung auf Bereichs- und Lokalprogramme dann, wenn im Gesetz den bisherigen Regionalsendern die Zuständigkeit zur Gestaltung des Regionalprogramms in ihrem bisherigen Gebiet einschließlich der ungehinderten Finanzierung aus Werbeerlösen in diesem Gebiet zugestanden wird.

Nach über vierstündiger Beratung auf einer Vorstandssitzung war deutlich geworden, daß der Mannheimer CDU-Kompromiß die grundsätzlichen Bedenken der privaten Radioanbieter nicht ausräume. Schließlich habe der Wettbewerb zwischen größeren und kleineren Lokal- und Regionalsendern auf der Ebene des Hörermarktes zu erfolgen, denn von dort aus werde der Werbemarkt reguliert. Wie es Mantelredaktionen und Lokalzeitungen gebe, so habe auch im Privatfunk dieses System ohne gesetzliche Vorgaben zu erfolgen. Es sei eine Brückierung durch Wissenschaftsminister von Trotha, den bisher im Privatfunk engagierten Unternehmen zu sagen, eine Lizenz habe es nur auf Zeit gegeben.

An alle
Morgenmuffel :
Der
Radiowecker
von
Welle Fidelitas
macht
müde
Hörer
munter !
Täglich
von 6.30 Uhr
bis 9.00 Uhr.
Wachen
Sie
auf,
und kommen
Sie
mit uns
auf eine
Wellenlänge
- auf
UKW 101,8 !

Kabelfrequenzen (MHz): Bad Bergzabern 104,35 - Bellheim 105,50 - Gernersheim 103,25 - Halbroch 104,35 - Herxheim 103,75 - Kandel 105,35
Landau 103,30 - Neustadt 104,35 - Speyer 104,35 - Wörth 104,75

Welle Fidelitas Infos aus dem Wildpark-Magazin (StadionBlatt des KSC) dank Torsten Lanyi / Leingarten:

**Wir kommen Ihnen näher
auf UKW 101,8**

Welle Fidelitas 
Privater Karlsruher Rundfunk



*Ich steh' auf
mit Welle Fidelitas!*

Baden-Württemberg

Artikel unten StZ v. 18.10. dank Torsten Lanyi; Artikel rechts v. 19.10.91 StZ dank Torsten Lanyi u. Jörn Krieger

Retter für das „Schwarzwald-Radio“

„Radio Regenbogen“ steigt bei dem Freiburger Sender ein

Stuttgarter Ztg. 18.10.91

ute. FREIBURG. Unter der Regie des erfolgreichen Mannheimer Privatsenders „Radio Regenbogen“ soll jetzt ein letzter Rettungsversuch für das dahinkommende Freiburger „Schwarzwald-Radio“ unternommen werden. „Radio Regenbogen“-Geschäftsführer und -Programmleiter Klaus Schunk soll den südbadischen Sender vor allem durch Kostensenkungen aus den roten Zahlen holen. Denn rückläufige Hörerzahlen lassen auf eine Erhöhung der Werbeeinnahmen vorerst nicht hoffen: Während im vergangenen Jahr noch 159 000 Personen zwischen Basel und Offenburg angaben, Schwarzwald-Radio „gestern gehört“ zu haben, waren dies 1991 nur noch 98 000 Personen. Angesichts dieser Zahlen war von den an dem Regionalsender beteiligten mittelständischen Wirtschaftsunternehmen und Verbänden niemand bereit, weitere Anteile anzukaufen, als Burda seine Beteiligung am Privatradiogeschäft aufgab.

Anfänglich hielten die Holtzbrink-Tochter Euromedia 15, Burda 24 und eine geschlossene Gruppe von Unternehmen und Verbänden die restlichen 61 Prozent an „Schwarzwald-Radio“. Heute besitzt der Medienkonzern Holtzbrink die ganzen 39 Prozent alleine und hat gute Chancen, seine Beteiligung weiter ausbauen zu können. Denn der Freiburger Unternehmer und „Schwarzwald-Radio“-Aufsichtsratsvorsitzende Rüdiger Richter hat in der Gesellschafterversammlung - offenbar in Absprache mit Holtzbrink - eine ein-

schneidende Änderung durchgesetzt: Richter, der 30 Prozent der bisher nicht Holtzbrink gehörenden 61 Prozent am Schwarzwald-Radio hält (und damit zur sogenannten 61er-Gruppe gehört), muß nun seine Anteile nicht zuerst seinen Mitgesellschaftern anbieten, sondern kann sofort und ohne deren Wissen an Holtzbrink verkaufen. Unter den Mitgliedern der 61er-Gruppe besteht kein Zweifel daran, daß ein solcher Verkauf in naher Zukunft stattfinden wird. Richter, der in das Privatfunk-Geschäft eingestiegen war, um dort Geld zu verdienen, hat in letzter Zeit kein Hehl daraus gemacht, daß er seine Anteile an dem Zuschußgeschäft abstoßen will.

Der jetzt als „Feuerwehr“ nach Freiburg geschickte Klaus Schunk setzt bei seinem Konsolidierungskonzept auf strikte Sparmaßnahmen. Von den insgesamt 48 Mitarbeitern kann nur etwa die Hälfte auf Weiterbeschäftigung hoffen. Ungefähr fünfzig Prozent des Programms, nämlich Weltnachrichten, sowie Abend-, Nacht- und Wochenendprogramm, werden künftig vom neuen Kooperationspartner „Radio Regenbogen“ übernommen. Daß diese Veränderungen auf Widerstand bei der Landesanstalt für Kommunikation (LfK) stoßen könnten, glaubt Schunk nicht. Wer wie die LfK die bisher schon laufenden gemeinsamen Nachtprogramme im Lande genehmigt habe, könne hieran nichts auszusetzen haben. Im übrigen sei die geplante Kooperation nur mitteilungs-, nicht aber genehmigungspflichtig.

Zahl der Privatsender soll nicht festgelegt werden

STUTTGART (lsw). Im neuen baden-württembergischen Landesmediengesetz sollte auf die geplante Festlegung einer bestimmten Anzahl privater Hörfunksender nach Ansicht des Vorsitzenden der Landesanstalt für Kommunikation (LfK), Helmut Engler (CDU), verzichtet werden. Die Festlegung auf vier bis sechs Regional- und zehn bis 15 Lokalsender sei ein „Hort der Planwirtschaft“ innerhalb eines marktwirtschaftlichen Systems, sagte Engler der Deutschen Presse-Agentur. Auch die oppositionelle SPD hatte sich gegen eine gesetzliche Festlegung auf eine bestimmte Zahl privater Hörfunksender ausgesprochen, wie sie im Gesetzentwurf der CDU-Landesregierung vorgesehen ist. Engler sagte, falls das Gesetz in dieser Form in Kraft trete, müsse die LfK mit einer Reihe von Verwaltungsgerichtsprozessen rechnen. Jeder Sender, der künftig keine Lizenz mehr erhalte, könne vor dem Verwaltungsgericht klagen, und dies möglicherweise mit Erfolg. In Baden-Württemberg gibt es bislang 22 private Regionalsender und über 20 Lokalradios. Mit der zahlenmäßigen Verringerung der privaten Hörfunksender will die CDU-Landesregierung die wirtschaftliche Zukunft des Privatfunks sichern. Der LfK-Vorsitzende vertritt jedoch die Ansicht, daß dies ordnungspolitisch ein „höchst fragwürdiges Vorgehen“ sei. Angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in denen sich private Rundfunksender befänden, könne davon ausgegangen werden, daß sie sich auch ohne gesetzliche Festlegung zu größeren Sendern zusammenschließen würden. Ein „Patentrezept“ gebe es in dieser Frage nicht.

Die Vereinigung Südwestdeutscher Rundfunkanbieter (VSRA) sieht sich durch die Äußerungen Englers in ihrer Kritik am Gesetzentwurf der Landesregierung bestätigt. Ein Sprecher der VSRA, die einen Großteil der baden-württembergischen Privatsender vertritt, erklärte, bereits das im Auftrag der LfK erstellte Prognose-Gutachten zeige, daß das in der Gesetzesnovelle vorgesehene Bereichs- und Lokalsenderkonzept unausgereift sei. Die Privatsendervereinigung fordere daher, bessere Kooperationsmöglichkeiten der bestehenden Regional- und Lokalradios zu gewährleisten, ohne gewachsene Strukturen aufs Spiel zu setzen.

Populäres Jugendradio vor dem Aus

BERLIN ■ Das populäre Jugendradio „DT 64“ wird aller Voraussicht nach nicht privatisiert werden und den Sendebetrieb nach der Auflösung des Funkhauses Berlin zum Jahresende nicht fortsetzen können. Das bestätigte gestern Chefredakteur Michael Schiewack.

Auf Initiative der Programm-macher waren mehrere Model-

le in der Diskussion. Ein Finanzierungsmodell in Form von Anbietergemeinschaften unter Einbeziehung von Großverlagen scheiterte im Mai 1991 am Widerstand der Länderregierungen, die künftig über die „DT 64“-Frequenzen entscheiden. Auch eine Aktiengesellschaft mit vielen Kleinanlegern bekam wurde verworfen.

Schiewack betonte, daß nun die Verantwortlichen der neuen Länder wieder am Zug seien. Im Bereich des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR) sei derzeit noch nicht einmal ein Jugendprogramm geplant. Damit würden die vielen, gerade in den neuen Ländern wohnenden Hörer von „DT 64“ völlig allein gelassen. (dpa)

DT 64-Bericht aus Mitteldeutsche Allgemeine v.10.10.91 via Torsten Tuschick/Eisenach

Artikel rechts via Walter Schiefele / Diedorf

Neue Bundesländer: Eine Katastrophe ist der Verkehrs-service der im Großraum Dresden empfangbaren Radiosender. Es gibt zwar Verkehrsmeldungen, hier erfährt man die Wartezeiten an den Grenzübergängen Richtung CSFR und das sonst keine Meldungen vorliegen. Dabei gibt es fast jeden Freitag Mittag einen Stau zwischen Dresden u. Chemnitz bis zu 30km!

Eine neue TV-Station sendet bald aus Köln

Westschienenkanal gegründet / Sender fragen in der Domstadt verstärkt Studios nach

bry München (Eigener Bericht) - Für die privaten Fernsehsender scheint der Standort Köln immer attraktiver zu werden. So hat sich jetzt mit der Westschienenkanal Film und Fernseh GmbH & Co. KG, eine neue TV-Station in der Domstadt angesiedelt. Und der größte deutsche Privatsender RTL Plus Deutschland Fernsehen GmbH & Co. KG, Köln, baut derzeit seine Studio- und Redaktionskapazitäten kräftig aus.

Der Westschienenkanal ist die jüngste private Fernsehanstalt in Deutschland und will ab 1. Oktober 1993 seinen Sendebetrieb aufnehmen. Geplant ist ein „informationsorientiertes Vollprogramm“, das sich ausschließlich über Werbeeinnahmen finanzieren soll. Die Westschiene will zunächst täglich rund 18 Stunden Nachrichten, Unterhaltung, Magazinsendungen, Sport und Spielfilme anbieten. Es ist zudem vorgesehen, das Programm bundesweit über Satellit, Kabel und terrestrische Frequenzen auszustrahlen.

Entsprechende Sendelizenzen liegen bereits aus den Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Bremen vor. Hessen und das Saarland wollen Ende dieses Monats ihre Zustimmung erteilen. Bei der Standort-Suche hatten die beiden Städte Köln und Düsseldorf heftig miteinander konkurriert. Die Westschienen-Gesellschafter haben sich schließlich für Köln entschieden, weil hier die „journalistische Infrastruktur“ besser sei, teilte die Ber-

telsmann-Tochter Ufa Film und Fernseh GmbH & Co. KG, Hamburg, mit. Sie hält 24,9% der Anteile und ist für den Aufbau der neuen TV-Station federführend zuständig.

Der Gesellschafterkreis ist breit gefächert: Neben der Westdeutsche Medienbeteiligungsgesellschaft, Düsseldorf, (25,1%) halten die Verlagsgruppe Georg von Holtzbrinck GmbH, Stuttgart, (14,5%) und die deutsche Tochter des US-amerikanischen Medienkonzerns Time Warner (14,5%) größere Anteile. Weitere Gesellschafter sind zudem der Filmproduzent dtcp, Düsseldorf, sowie eine Kölner Beteiligungsgesellschaft, die mit jeweils 10% beteiligt sind.

Derzeit laufen in Köln mit Hochdruck die Vorbereitungen für den Neubau des Sendezentrums. Für mehrere Studios, Produktionsräume und Büroflächen für rund 300 Mitarbeiter werden mindestens 30 Mill. DM investiert. Der Komplex im Stadtteil Ossendorf soll bereits im Herbst

nächsten Jahres betriebsbereit sein. In unmittelbarer Nachbarschaft stehen schon zwei große Film- und Fernsehstudios sowie eine Videoproduktion, die auch von RTL Plus genutzt werden.

Der größte deutsche Privatsender, an dem die Ufa 38,9% der Anteile hält, ist auf vier Standorte innerhalb Kölns verteilt. Der Hauptsitz im Westen der Domstadt wird zur Zeit ausgebaut - hier sollen einmal die über 500 Beschäftigten ihren Arbeitsplatz finden. Hans Gert Eschweiler, RTL-Pressesprecher, zeigt sich zudem erfreut, daß im Kölner Raum die Studiokapazitäten kräftig ausgebaut werden.

Neue Aufnahmestudios

An der Stadtgrenze hat sich beispielsweise die Studio Hamburg GmbH, eine privatrechtliche Tochter des Norddeutschen Rundfunks, Hamburg, engagiert und betreibt dort seit wenigen Monaten ein Fernsehproduktions-Zentrum. Denn nicht nur RTL, sondern auch die private Konkurrenz SAT 1 und Premiere suchen am Rhein verstärkt Aufnahmestudios. Und Europas größter Hörfunk- und Fernsehsender, der Westdeutsche Rundfunk, fragt ebenfalls verstärkt Studiokapazitäten nach.